

EDITORIAL

NEWS

CSV-Innenminister Léon Gloden am Mittwoch in der Chamber. Laut seinem neuen Platzverweis kann die Polizei in bestimmten Fällen nun ein Ortsverbot aussprechen.



FOTO: CHAMBRE DES DÉPUTÉS/FELICR

PLATZVERWEIS „RENFORCÉ“

Schärfer geht immer

María Elorza Saralegui

Der Platzverweis wurde ausgeweitet. Fragwürdig bleibt, inwiefern mehr Repression die Situation verbessern und sich die Regierung damit zufrieden geben wird.

Die Regierung hat „geliefert“. Nach Jahrzehnten von Versuchen, repressiv gegen arme und obdachlose Menschen vorzugehen, verstärkten die CSV und DP am vergangenen Mittwoch die Methoden dafür: Gemeinsam mit der ADR und den Piraten stimmte die Regierungskoalition nach einer hitzigen Debatte für den Gesetzesentwurf des verstärkten Platzverweises.

Die Verschärfung weitet den aktuell gültigen Verweis im Namen der „öffentlichen Ordnung“ von Hauseingängen auf alle öffentlichen Plätze aus. Kriminalisiert wird Verhalten, das nicht selten mit Obdachlosen oder Bettler*innen, assoziiert wird: auf der Straße sitzen und die Bewegungsfreiheit von anderen Personen im Freien beeinträchtigen. Zwar ist der Text gegenüber dem ersten Vorschlag etwas abgemildert worden, doch die Kritik von Menschenrechtskommission (CCDH) und NGOs im Verband Voë, die Verschärfung könne das Grundrecht, sich frei bewegen zu dürfen, verletzen, hat die Regierung weitgehend ignoriert. Angepasst wurde nur, was der Staatsrat verlangt hatte.

Wer fortan beispielsweise „wesentlich Passanten auf öffentlichen Straßen und durch Worte, Handlungen oder Gesten im Freien an einem der Öffentlichkeit zugänglichen Ort beunruhigt oder belästigt“ oder bei 39 Grad nirgendwo sonst Zuflucht findet als in einem privaten Hauseingang, soll für bis zu 48 Stunden von einem Ort entfernt werden können, auch mit Gewalt. Wird der Verweis zweimal nicht eingehalten, kann die Polizei ein Ortsverbot von 15 Tagen aussprechen.

In welchen Situationen die Polizei nun genau eingreifen darf, ist immer noch nicht klar definiert. Der verstärkte Platzverweis könnte somit auch die Freiheit von Demonstrant*innen und das Versammlungsrecht unterbinden (woxx 1865, „Platzverweis renforcé: Arbiträrer Angriff“).

Dass sich „belästigende“ Verhalten wiederholen, wird auch der verschärfte Platzverweis nicht vermeiden können. Ganz im Gegenteil.

Die Forderung, unliebsame Personen aus dem ach-so-schönen Stadtbild entfernen zu können besteht seit Jahrzehnten (woxx 1840, „Sozialpolitik: Von einem Platz auf den anderen“). Léon Gloden selbst ging der erste Platzverweis der blau-rot-grünen-Koalition nicht weit genug. „Leider Gottes wurde damals nicht auf ihn gehört“, kommentierte der Rapporteur Laurent Mosar am Mittwoch in der Chamber. Mehrmals wiederholte Mosar dabei: Der neue Text sei kein Mittel, um Kriminalität zu bekämpfen, aggressives Verhalten stehe ja bereits unter Strafe. Es gehe darum, „incivilités“ im öffentlichen Raum zu entfernen. Trotzdem wird das Gesetz mit dem Argument der steigenden Unsicherheit gerechtfertigt.

Mit diesem Gesetz sind die Stimmen nach mehr Repression endlich auf offene Ohren gestoßen. Die sozial Schwächsten – vor allem arme Luxemburger*innen, Roma und Flüchtlinge – werden nicht als Opfer sondern als potenzielle Rechtsverletzer*innen, die es zu be-

strafen gilt, angesehen. Ihre Grundrechte können nun eingeschränkt werden, um bestimmte Gegenden „sicherer“ zu machen. Und das mit einer Maßnahme, die die „Unsicherheit“ jedoch bloß verlagern wird. Währenddessen steigt die soziale Ungleichheit weiterhin, und damit auch die Anzahl von Verhaltensweisen, die der Regierung ihr eigenes Scheitern vor Augen führen.

Dass sich „beunruhigende“, „belästigende“ oder „beeinträchtigende“ Verhalten wiederholen, wird auch der verschärfte Platzverweis nicht vereiteln können. Ganz im Gegenteil: „Gesetze, die Armut oder Obdachlosigkeit unter Strafe stellen, führen immer zum Scheitern. Sie offenbaren, dass die Staaten das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich Wohnraum, nicht gewährleisten“, warnte eine Gruppe von UN-Expert*innen in einer Stellungnahme zum verschärften Platzverweis an die Regierung.

Wirkliche Lösungen – soziale Maßnahmen wie der Ausbau der Housing-First-Projekte, eine Leerstandsteuer, zusätzliche psychologische Betreuung und finanzielle Unterstützung, Notstrukturen, die das ganze Jahr über geöffnet haben oder auch ein sicherer Zugang zur Gesundheitsversorgung – kommen, wenn überhaupt, nur im Schnecken tempo voran. Repression lässt sich halt viel einfacher und billiger umsetzen, und stärkt außerdem die ADR als mögliche zukünftige Koalitionspartnerin. Immerhin soll vor Ende des Jahres ein erster Aktionsplan, um Obdachlosigkeit vor 2030 zu beenden, vorliegen. CSV und DP sind sichtbar zufrieden – bis die Unsicherheit wieder steigt und die nächste repressive Maßnahme „nötig“ ist.

REGARDS

France : une culpabilité sans trop de peine **p. 4**

Chronische Erkrankung: „Nur weil man nicht in ein Raster passt, darf man nicht einfach durchrutschen“ **S. 6**

Sudan: Al-Obeid vor dem Sturm **S. 8**

Verbrecher Verlag: Lyrik zwischen Tränen und Trost **S. 9**

Kaum Potty Parity auf Konzerten und Festivals: Eine Zumutung für Frauen **S. 10**

AGENDA

Wat ass lass? **S. 11**

Expo **S. 13**

Kino **S. 15**

Coverfoto: Jonas Skovbjerg Fogh/EPA



Ce mois de juillet, l'illustratrice Ana Gaman réinterprète des moments de solitude ou de désastre pour présenter une série inspirée par notre relation avec la nature.

Retrouvez l'interview sur www.woxx.lu.

AKTUELL

SEXUELLE UND EMOTIONALE GESUNDHEIT

Darf Sex Spaß machen?

Joël Adami

Die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage geben erstmals einen Einblick in die sexuelle und emotionale Gesundheit der Einwohner*innen Luxemburgs. In vielen Bereichen fehlt es an Bildung über Sexualität.

Am 30. Juni präsentierte die Gesundheitsdirektion die Ergebnisse der ersten Umfrage über die sexuelle und emotionale Gesundheit in Luxemburg. Der Ort war eine Fachtagung, die das Ministerium gemeinsam mit dem „Centre national de référence pour la promotion de la santé affective et sexuelle“ (Cesas) veranstaltet hatte. Insgesamt 2.371 Erwachsene, die im Großherzogtum leben, wurden für die erste Erhebung dieser Art befragt. Die Ergebnisse zeichnen ein zum Teil erschreckendes Bild: Nicht nur fehlt es vielen an sexueller Bildung, sondern es erleben auch viele sexuelle Übergriffe oder Vergewaltigungen.

Das fängt oft schon bei der ersten sexuellen Erfahrung an: Ein Viertel der Befragten gab an, dass diese nicht gewünscht und konsensuell war, bei Frauen sogar ein Drittel. Etwa die Hälfte der Befragten hatte ihren ersten sexuellen Kontakt zwischen 16 und 18 Jahren, ein Viertel war älter als 20 Jahre. Nur etwas mehr als die Hälfte gab an, sich beim ersten Geschlechtsverkehr gegen sexuell übertragbare Infektionen geschützt zu haben – allerdings sind es hier ältere Personen über 60, die den Schnitt nach unten ziehen.

Konsensuelle Sexualität erlernen

Ebenfalls nur 53 Prozent haben schon mal mit ihrem*ihren Partner*in über Konsens gesprochen. Mehr als die Hälfte der Befragten hatte bereits Sex, obwohl sie nicht wirklich Lust darauf hatten, ohne dass jedoch Druck auf sie ausgeübt worden wäre. Etwas weniger als ein Drittel der Befragten haben sich zu bestimmten Sexpraktiken gedrängt gefühlt. Vergewaltigt wurden 8 Prozent – hier gibt es große Unterschiede zwischen Männern (4 Prozent) und Frauen (12 Prozent). Im Fall von Personen mit Behinderung liegt der Anteil gar bei einem Viertel. In nur 14 Prozent der Fälle handelte es sich bei den Täter*innen (die, so internationale Untersuchungen, in der überwältigenden Mehrheit Männer sind) um Unbekannte. Viel öfters sind es (ehemalige) Partner*innen oder Familienmitglieder. Nur 60 Prozent der Opfer haben je mit jemanden darüber gesprochen, und nur 15 Prozent haben Anzeige erstattet.

Eine gute sexuelle und affektive Bildung hilft nicht nur, die eigenen Grenzen und Vorlieben benennen zu können, sondern schützt auch vor Übergriffen, wenn man das Konsensprinzip kennenlernt. Von jenen 44 Prozent der Befragten, die überhaupt in den Genuss einer solchen Bildung gekommen sind, gaben allerdings nur 15 Prozent an, auch über konsensuelle Sexualität aufgeklärt worden zu sein – fast 40 Prozent hätten sich mehr Informationen über das Thema gewünscht. Es steht damit gemeinsam mit der Aufklärung über sexualisierte Gewalt an der Spitze der Wunschliste. Insgesamt hat die Hälfte der Befragten angegeben, dass sie im Unterricht nur unzureichend Antworten auf entsprechende Fragen bekommen haben. Gut aufgeklärt fühlten sich die Befragten bei den Basics: Verhütung, Anatomie, Schwangerschaft, Pubertät, Menstruation, sexuell übertragbare Infektionen. Bei vielen anderen Themen wünschten sie sich mehr Informationen, neben sexueller Orientierung auch über Liebe und Lust. Dass es beim Sex also nicht nur darum geht, (nicht) schwanger zu werden und keine Krankheiten einzufangen, kommt im Luxemburger Schulsystem wohl zu kurz.

Erstmals wurde auch eine Erhebung zu der Frage, wie viele queere Menschen es in Luxemburg gibt, durchgeführt: 11 Prozent haben demnach eine sexuelle Orientierung, die nicht heterosexuell ist. Bei Männern sind es nur 9 Prozent, die Sex mit anderen Männern hatten, wohingegen die Zahl bei jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren bei 17 Prozent liegt. Ähnlich sieht es bei trans, nicht-binären oder intergeschlechtlichen Menschen aus: Während ein Prozent der Gesamtbevölkerung betroffen ist, sind es 4 Prozent der 18- bis 24-Jährigen. Die höheren Zahlen bei jungen Menschen dürften daraus resultieren, dass es bei dieser Generation eine größere Offenheit für und mehr Wissen über LGBTIQ+-Themen gibt, wobei auch die hohe Sterblichkeit durch die AIDS-Krise bei älteren Generationen eine Rolle spielen könnte. 12 Prozent der Bevölkerung berichten, dass sie negative Kommentare wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität erdulden mussten.

Die Ergebnisse der Umfrage sollen in die zukünftige Gesundheitspolitik einfließen, wie Gesundheitsministerin Martine Deprez (CSV) in einer Pressemitteilung betonte. Die künftige Politik solle eine emotionale und sexuelle Bildung fördern, die „auf Respekt und Konsens“ fuße.

SHORT NEWS

Taliban-Treffen ohne Luxemburg

(tf) – Luxemburg war an einem Treffen mit den Taliban nicht beteiligt. Das gab Innenminister Léon Gloden (CSV) am vergangenen Dienstag in der Chamber auf eine Frage seines Parteifreundes Alex Donnersbach zu Protokoll. Ende Juni hatten sich Vertreter von 15 EU-Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission in Brüssel mit einer Delegation des in Afghanistan herrschenden islamistischen Regimes zusammengefunden, um über die Möglichkeit regelmäßiger Abschiebungen in das Land zu sprechen, das von den Vereinten Nationen als „Friedhof der Menschenrechte“ bezeichnet wird. („Dealen mit den Taliban“; woxx 1894). „Wir haben als Luxemburger Regierung nicht an den technischen Gesprächen teilgenommen“, so Gloden, und man habe auch „keine Pläne, Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen“. Die Regierung unterstütze aber „Bemühungen, das zu klären“, falls es einmal nötig werde, „schwere Straftäter und Personen, die eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit darstellen“, abzuschicken. Daher habe man im Oktober 2025 auch einen von 20 Mitgliedstaaten an die EU-Kommission gerichteten Brief unterschrieben, der diese Klärung fordert. Vorige Woche hatte das Innenministerium der woxx auf eine entsprechende Anfrage mitgeteilt, Teilnehmer und Inhalte des Brüsseler Taliban-Treffens seien geheim.

Déi Gréng : Welfring part, Lorsché revient

(fg) – La députée écolo Joëlle Welfring renonce à son mandat, a-t-elle annoncé dans un communiqué, ce 6 juillet. À 52 ans, l'élue choisit un nouveau cap puisqu'elle rejoindra la Banque européenne d'investissement (BEI), où elle occupera le poste de conseillère spéciale chargée des initiatives en matière de climat et d'égalité de genre. Il s'agit d'une fonction qui « me permettra de rester fidèle à mes valeurs tout en mettant mes compétences au service de causes qui me tiennent profondément à cœur », écrit-elle. Joëlle Welfring avait été élue lors des législatives de 2023 sur la liste des verts dans le Sud. Elle avait adhéré à Déi Gréng en mai 2022, lorsqu'elle était devenue ministre de l'Environnement de la coalition Gambia. Elle avait alors remplacé au pied levé Carole Dieschbourg, contrainte à la démission en raison de l'affaire dite « de l'abri de jardin ». Avant de se lancer en politique, Joëlle Welfring était directrice de l'Administration de l'environnement et directrice du département « Business Development » au Centre de recherche public Henri Tudor, après y avoir déjà dirigé le Centre de ressources des technologies pour l'environnement. Son futur poste à la BEI s'inscrit dans la continuité de ce parcours. Joëlle Welfring quittera le parlement le 1er octobre et elle sera remplacée par Josée Lorsché, qui est actuellement échevine de la commune de Bettembourg. Membre du parti écolo depuis plus de quarante ans, Josée Lorsché avait déjà siégé à la Chambre de 2011 à 2023, où elle avait notamment assuré la présidence du groupe parlementaire vert.

„Ask for Angela“ offiziell gestartet

(ja) – Die Initiative „Ask for Angela“ ist offiziell gestartet. In den teilnehmenden Cafés und Bars können Menschen eine*n Mitarbeiter*in nach „Angela“ fragen und so diskret um Hilfe bitten. Das zum Beispiel, wenn sie belästigt worden sind oder sich in einer Situation befinden, in der sie sich unsicher fühlen. Die Mitarbeiter*innen bringen sie dann an einen ruhigeren, sicheren Ort und bieten Hilfe an. Bereits zehn Gastronomiebetriebe, die meisten in Luxemburg-Stadt, beteiligen sich an der Initiative, drei weitere sollen in Kürze folgen. 80 Prozent der Belegschaft muss dafür eine kurze Online-Ausbildung durchlaufen, um im Ernstfall richtig reagieren zu können. Auch während den Feierlichkeiten der „Luxembourg Pride“, die dieses Wochenende in der Hauptstadt stattfinden, gibt es die Möglichkeit, nach „Angela“ zu fragen. Die Freiwilligen, die das entsprechende Training absolviert haben, tragen einen entsprechenden pinken Anstecker. Die woxx hat sich bereits im April mit der Gründerin, Terri Allington, über ihre Initiative unterhalten. Den ausführlichen Artikel darüber, die eine einfache Frage das Nachtleben in Luxemburg sicherer machen soll, finden Sie auf woxx.lu (woxx 1883, „Ausgehen in Luxemburg: „Ist Angela da?““).